

Neustadt
Dresden,
in der Expedi-
tion, N. Meißn.
Casse Nr. 3,
zu haben.

Sächsische Vorzeitung.

Preis:
vierteljährlich
15 Ngr. Zu
beziehen durch
alle kais. Post-
Kaufstellen.

Ein unterhaltendes Blatt für den Bürger und Landmann.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag früh.

Inseratenpreis: Für den Raum einer gespaltenen Zeile 1½ Ngr. Unter „Eingefandt“ 3 Ngr.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Hermann Müller in Dresden.

Politische Weltschau.

Deutsches Reich. Die nur schwachen Versuche der regierungsfreundlichen Partei haben es trotz Kleist-Rehow's und Kröcher's oft stark gefalzener Polemik nicht vermocht, die Kreisordnung in der am 11. December stattgefundenen Herrenhausitzung zu Falle zu bringen. Weder die Erinnerungen des Grafen Nielzynski an die Ungerechtigkeit dieses Schrittes, noch v. Kröcher's Protest gegen die gewaltsame Unterdrückung des Herrenhauses haben der Schlussberathung irgendwie im Wege gestanden. Der Sieg der Regierung ist ein durchaus vollständiger, da die Kreisordnung mit einer Majorität von 26 Stimmen (116 und 90) durchgegangen ist. Mit Ausnahme des ehemaligen Präsidenten des Obertribunals Dr. Göge stimmten sämtliche bürgerlichen Mitglieder des Herrenhauses für dieselbe. Unter den Kronindicis, zu denen auch Göge gehört, stimmten auch Graf Lippe, v. Uebe und Frankenberg-Eudwigsdorf (der in der vorigen Nr. angeführte Brieffschreiber an Kaiser Wilhelm) gegen die Kreisordnung. Die Vertreter der Universitäten, 7 an der Zahl, haben sämtlich mit der Regierung gestimmt, desgleichen 13 erbliche Mitglieder des Herrenhauses, wogegen von den 58 Vertretern des alten und befestigten Grundbesitzes sich nur 6 für die Annahme erklärten. Damit ist die Angelegenheit zur Freude des gesammten Landes erledigt und das Land endlich im Besitze des vielumworbenen und unbestrittenen Rechts, welches Preußen in einen vollen und wahrhaften modernen Rechtsstaat verwandeln soll. — Die Konflikte mit der Junkerpartei sind damit zwar nicht für immer unmöglich gemacht, die Krisen im Kabinete ebenso wenig beseitigt; allein es ist damit zum wenigsten der Boden für einen gedeihlichen Fortgang des Staatslebens gesichert und mit Bestimmtheit ausgesprochen, was man will und von der Zukunft auf Grundlage des neuen Gesetzes erwartet. Daß aus der Annahme der Kreisordnung in aller Kürze der Rücktritt Roons, Ihenplih's und Selchow's resultirt, ist ganz zweifellos. Der Abgang der beiden Letzteren dürfte in keiner Weise bedauerlich erscheinen, da sie schon seit langem ihren täglich wachsenden Aufgaben nicht mehr genügt; dagegen läßt sich nicht leugnen, daß Roon, als der Schöpfer der neuen Heeres-Organisation, trotz seiner 70 Jahre nicht so ohne Weiteres ersetzt wird, wenn auch sein Auftreten in der Konfliktepoche keineswegs erfreuliche Erinnerungen wach ruft. Wie dem auch sei und wer auch sonst noch von den Ministern scheiden wird, die neue Aera wird sie ebenso leicht verschmerzen, wie im Staatsleben eben Alles überwunden und verschmerzt werden muß. — In der Herrenhausitzung vom 10. December wurde trotz sehr geringer Betheiligung das schleswig-holsteinische Reallastenablösungsgesetz unverändert angenommen. — Die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungswesen haben einen Antrag Preußens auf Erhöhung der im Schlussprotokolle zur Uebereinkunft wegen Erhebung einer Abgabe von Salz vom 8. Mai 1867 vereinbarten Vergütungen die Besoldung der Salzsteuerbeamten auf den Salzwerken geprüft und werden, sich dem preussischen Antrage anschließend, folgende Vergütungssätze vom 1. Januar 1873 ab eintreten lassen: 1) für Oberbeamte: Minimal 400 Thlr.,

Durchschnitt 650 Thlr., 2) für Assistenten 325 bezw. 475 Thlr. 3) für Salzsteueraufseher 300 bezw. 375 Thlr. und 4) für Amtsdienner im Durchschnitt 300 Thlr.

Oesterreichisch-ungarische Monarchie. Die Feindseligkeit der Ultramontanen gegen die Verbreitung größerer Bildung hat sich in den diesjährigen Landtagsessionen wieder einmal recht deutlich gezeigt. Fast in allen Landtagen wurde die Abschaffung des Schulgeldes in den Volksschulen beantragt und überall wurde diese Maßregel von den Klerikalen auf das Heftigste bekämpft; die ultramontane Majorität des Tiroler Landtags ist in eine Verhandlung der Schulangelegenheiten gar nicht erst eingetreten. Der Hauptpunkt der ultramontanen Opposition gegen die Unentgeltlichkeit des Unterrichts in der Volksschule liegt wohl darin, daß die Klerikalen ganz wohl einsehen, daß es, wenn einmal erst die Abschaffung des Schulgeldes dekretirt ist, sehr schwer sein wird, neben guten öffentlichen Schulen, deren Pforte jedem Schüler unentgeltlich offen steht, klerikale Drillanstalten als Privatschulen zu erhalten. Sie sträuben sich daher mit Händen und Füßen dagegen, daß die Volksschule der Privatschule gegenüber einen so wesentlich ins Gewicht fallenden Vorzug erhalte. — Es ist kaum mehr daran zu zweifeln, daß die Regierung nächstens in mehr als einem Kronlande das Nothwahlgesetz in Anwendung zu bringen genöthigt sein wird. In Bezug auf Tirol ist dies bereits sicher; wahrscheinlich wird aber auch in Salizien, Krain und Boralberg an das Nothwahlgesetz appellirt werden müssen, da die Abgeordneten dieser Länder voraussichtlich aus dem Abgeordnetenhause scheiden werden, sobald die Wahlreform zur Verhandlung kommt. Dagegen glaubt die Regierung mit Bestimmtheit auf die Zustimmung der dalmatischen Abgeordneten, sowie derjenigen der kleineren südlichen Landtage rechnen zu können. Die Landtage von Oberösterreich, Steiermark, Mähren, Salzburg, Böhmen, Krain und Salizien sind am 7. N. in herkömmlicher Weise geschlossen worden. — Vom Kaiser Franz Joseph sind auf Lebenszeit zu Herrenhausmitgliedern ernannt worden: Fürst Friß Liechtenstein, Graf Joseph Waldstein, Baron Madoto, Graf Guido Thun, Graf Kasper Lodron, Graf Georgi, Professor Hoefler, Baron Louis Haber, Graf Khünburg, Abt Reshuber, und Graf Siemienski-Rebiczki.

Die Reichstagsitzung vom 7. December bot wieder einmal eine Scene unerhörter Bergewaltigung, wie wir solche freilich an jener Stelle schon oft erlebt haben. Es handelte sich dabei um einen Antrag des Magyaronen Steiger, nach welchem die ungarische Sprache zur ausschließlichen Amts- und Verhandlungssprache erklärt und alle anderen, auch die deutsche Sprache ausgeschlossen werden soll. Die Anträge der Gegner, namentlich der von sämtlichen sächsischen Abgeordneten (Siebenbürgen) unterschriebene Antrag Schreibers, kam gar nicht zur Diskussion, da Jeder, der zu sprechen versuchte, durch lärmende Eisen! Soll abstehen! und dergl. mehr ganz einfach überschrien wurde. In Folge dessen ist denn auch am anderen Tage eine Deputation der Sachsen von Slavy empfangen und derselben von Letzterem versprochen worden, ihre Interessen zu unterstützen, falls man nicht zu eigensinnige Anforderungen stelle. Es fehlt nur noch, daß die bespornte, dem gallischen Hahne an